

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post
im Nachbarortverkehr 2,15 M., in Württemberg
2,20 M. vierteljährlich, hierzu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Wer-
bungszeile oder deren Raum.
Reklame 25 Pfg. die Zeile.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg.
besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Nr. 304

Montag, den 30. Dezember 1918.

35. Jahrgang.

Staatssekretär Erzberger über den Völkerbund.

Bei der Gründung der Deutschen Liga für Völkerbund hielt Staatssekretär Erzberger folgende Rede: Die Tatsache, daß wir hier zur Gründung einer Deutschen Liga für den Völkerbund zusammengetreten, sagt mehr, als alle Verehrtheit es darzulegen vermöchte, daß der Gedanke des Völkerbundes ein unbedingt gesunder und lebensfähiger ist. Unser Vaterland blieb feindselig in der politischen internationalen Rechtsentwicklung gegenüber anderen Völkern zurück; man huldigte mehr der Macht, als dem ewigen Recht sich anzuvertrauen.

Erst der furchterliche Weltkrieg mußte kommen, um den Gedanken des Völkerbundes von einer schwachen literarischen Idee zu einer starken weltpolitischen Forderung zu erheben. Welche Kreise waren — und das trifft auch zum Teil jetzt noch für maßgebende Kreise in den Entente-Ländern zu — zu sehr von dem Gedanken erfüllt, daß jede Nation die politischen Fragen ausschließlich von ihrem Gesichtspunkt aus behandeln müsse.

Die tiefe Erschütterung der ganzen Menschheit durch diesen Krieg hat sie von diesem Gedanken, hoffe ich, endgültig geheilt. Wir wissen heute, daß das Schicksal des eigenen Volkes in der Gemeinschaft mit den anderen Völkern am besten gewahrt ist. Bei dem Bankrott der bisherigen Gewaltanarchie unter den Völkern gibt es nur eine einzige Rettung, die Rechtsgemeinschaft der Völker. Nur das Recht kann die Grundlage sein für ein gedeihliches Neben- und Miteinanderleben der Völker. Daran ergibt sich die Notwendigkeit einer Einrichtung für die friedliche Beilegung aller Differenzen zwischen den Völkern. Das obligatorische Schiedsgericht ist der Dreh- und Angelpunkt des Völkerbundes.

Es ist eine verkehrte Auffassung, wenn vom Völkerbund der Verlust der nationalen Eigenarten befürchtet wird. Die Völker haben gerade in diesem Kriege die tiefsten Quellen ihrer nationalen und moralischen Kräfte kennen und zu hoch schätzen gelernt, um nicht ganz zu ihnen zu stehen. Der Völkerbund setzt die nationalen Eigenarten und Kräfte geradezu voraus. Er achtet sie nicht nur, er braucht sie. Sein Zweck ist nicht Nivelierung, sondern Organisation der individuellen Völker im Interesse des Weltfriedens.

Man fragt vielleicht, erkläre, wie gerade ich nach der Unterzeichnung der ungemessen harten Waffenstillstandsbedingungen noch solche Hoffnungsfreudigkeit für den Völkerbund äußern könne. Die Antwort habe ich schon im Wald von Compiègne am 11. November ds. J. gegeben: „Ein Volk von 70 Millionen leidet, aber es stirbt nicht.“ Gerade die Leidensschule aller Völker ist die beste Vorbereitung für den Völkerbund. Der Völkerbund wird kommen, aber nur auf dem Wege der Gerechtigkeit, — nie auf dem Wege der Gewalt.

Als wir unsere Gegner zur Einleitung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen ersuchten, geschah dies unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß der Rechtsfriede auf Grund der 14 Punkte des Präsidenten Wilson geschlossen werden soll. Unsere Gegner haben diese 14 Punkte sehr wohl anerkannt. Präsident Wilson hat für diese das ganze Gewicht seiner politischen Persönlichkeit eingesetzt. Mit ihm werden wir gegen jede tendenziöse Auslegung irgendeines der 14 Punkte kämpfen, im festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg des Rechtes. Ein Völkerbund ohne Deutschland ist die Verewigung der internationalen Spannung, eine freie Kriegesgefahr, der Völkerbund gegen Deutschland ist offener Kriegszustand. Ein 70-Millionen-Volk kann nicht von der Organisation der Menschheit ausgeschlossen werden ohne die schwerwiegendsten Folgen für die Welt.

Was wir wollen und erstreben, ist Gleichberechtigung mit den anderen Völkern. Die Voraussetzung an der Gemeinschaft zur Begründung und Aufrechterhaltung des Rechtsfriedens. Das deutsche Volk liegt in seiner Geschichte tiefgehende Traditionen, die es für den Völkerbund in jedem Maß eignen. Die Gemeinschaft und Recht über hat ihre tiefere Wurzel in der politischen und Rechtsgeschichte Deutschlands. Deutschland ist ein Staatenbund, seine Verfassung beruht auf dem Gedanken der Ein- und Unterordnung der einzelnen Glieder unter die Idee des Ganzen. Wenn aus der heutigen inneren Umwälzung die „Vereinigten Staaten von Deutschland“ entstehen, dann sind diese mit von den Vereinigten Staaten von Nordamerika

der Natur nach die besten Vürgen für den Völkfrieden. Die Deutsche Liga für den Völkerbund hat den Zweck, den Gedanken des Völkerbundes in Deutschland zu wecken und zu vertiefen. Wir sind ohne Wehr und Waffen. Das einzige, was uns geblieben ist, ist die Tiefe, Kraft und Tüchtigkeit unseres Volks. Die Liga für den Völkerbund hat eine große politische Erziehungsarbeit zu leisten. Mit Schmerz und Schrecken muß man sehen, wie wenig Interesse in den jetzigen Tagen den internationalen Fragen entgegengebracht wird. Als einst der Ruf erscholl: Hannibal steht vor den Toren!, erschraf ganz Rom. Heute steht Hannibal im westlichen deutschen Hochland, und im Osten beweist das durch Deutschlands Kraft wiedererstandene Polen in diesen Tagen aufs neue, daß im politischen Wörterbuch das Stichwort „Danbarkeit“ nicht vorhanden ist. Kennt und weiß unser Volk, daß es sich in diesem Verhalten sein Schicksal bereitet? Die Teilnahmslosigkeit vieler Völkler gegenüber den wichtigen auswärtigen Vorgängen ist geradezu erschreckend. Erste Kirchturmpolitik beherrscht die Stunde. Aber für politischen Fortschritt ist keine Zeit.

Ein Bedenk muß durch die deutschen Länder gehen, um alles aufzurufen und zu sammeln für die großen Aufgaben der neuen Zeit. Je größer das Verständnis für den Völkerbund ist, um so lebhafter ist auch die Anteilnahme des Volks an der Außenpolitik.

Die Umwälzung im Reich.

Die Kritik.

Berlin, 28. Dez. Heute vormittag trat der Zentralrat der Arbeiter- und Soldaten-Räte zu einer längeren Sitzung zusammen, um die durch die letzten blutigen Vorgänge in Berlin geschaffene Lage zu beraten. Zu gleicher Zeit waren zwischen den Führern der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen Verhandlungen über die Fortführung der Regierung im Gange.

Mittags war gemeinsame Sitzung des Zentralrats mit dem Rat der Volksbeauftragten unter der Leitung Eberts. In den Verhandlungen war der Zentralrat bemüht, eine Einigung zwischen den Mehrheitssozialisten u. den Unabhängigen herbeizuführen. Die Parteien legten ihren Standpunkt dar, doch schien der Gegenstand sich so verwickelt zu haben, daß mit einer Einigung kaum mehr zu rechnen war. Nach Schluß der gemeinsamen Sitzung um 8 Uhr abends veranlagte sich der Zentralrat zu einer besonderen Beratung, in der zu den Berichten der freitenden Parteien Stellung genommen wurde.

Berlin, 29. Dez. Die drei unabhängigen Mitglieder sind aus dem Rat der Volksbeauftragten ausgeschieden; an ihre Stelle werden drei weitere Mitglieder der Mehrheitssozialisten treten, wobei auch Süddeutschland berücksichtigt werden soll. Berlin ist ruhig.

Der Zentralrat hat auf eine Frage der Unabhängigen erklärt, daß die Volksbeauftragten Ebert, Landsberg und Scheidemann dem Kriegsminister den Auftrag erteilt hätten, das Nötige zur Befreiung des Stadtmandanten Wels zu veranlassen. Dies sei aber erst geschehen, nachdem drei Regierungsmitgliedern von dem Führer der Volkmarinisten telephonisch mitgeteilt worden sei, daß er für das Leben von Wels nicht mehr gar nichts könne. Der Zentralrat erklärte ausdrücklich, daß er dieses Vorgehen billige. Trotz dieser Entlastung durch die höchste Instanz haben die Unabhängigen daraus eine „Verduldung“ der Regierungsmitglieder Ebert, Landsberg und Scheidemann gemacht und damit ihren Austritt begründet. Unter dem nichtigen Vorwand einer Verantwortung abtruhoben zu sein, haben die Unabhängigen auf folgende Fragen des Zentralrats die Antwort verweigert: Sind die Volksbeauftragten bereit, die öffentliche Ruhe und Sicherheit, insbesondere auch das private und öffentliche Eigentum gegen jeden gewalttätigen Eingriff zu schützen? Sind sie mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auch bereit, ihre eigene Arbeitsmöglichkeit und die ihrer Organe gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich von welcher Seite sie erfolgen sollten, zu gewährleisten? Von dem festen Willen der Arbeiter, Bürger und Soldaten der deutschen Volkstreue wird erwartet, daß sie sich mit ganzer Entschlossenheit hinter die neue einzige Regierung stellen.

Berlin, 29. Dez. Die dem Zentralrat von den Unabhängigen gestellten Fragen lauteten, wie die „Freiheit“ berichtet: 1. Billigt es der Zentralrat, daß

die Kabinettsmitglieder Ebert, Scheidemann und Landsberg in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember dem Kriegsminister den nicht begrenzten Auftrag erteilen, mit militärischer Gewalt gegen die Volksmarinendivision im Schloß und Marstall vorzugehen? 2. Billigt der Zentralrat das am Morgen des 24. Dezember von den Truppen des Generalkommandos Leguis mit nur 10 Minuten befristete Ultimatum wie die Artilleriebeschießung von Schloß und Marstall? 3. Erklärt sich der Zentralrat für die sofortige strenge Durchführung der vom Kongress der A. und S.-Räte geplanten Beschlüsse über die Abschaffung der Rangabzeichen und das Unterlegen des Woffentragens außerhalb des Dienstes für Offiziere im Heimatheer?

Berlin, 29. Dez. Heute werden von den Mehrheitssozialisten, den Unabhängigen, den Spartakusisten und von der demokratischen Partei Straßensundgebungen veranstaltet.

Aus dem Parteileben.

Berlin, 29. Dez. Von 102 national-liberalen Reichs- und Landtagsabgeordneten sind 81 der Deutschen Volkspartei beigetreten. Oberpräsident v. Batocki wurde in Ostpreußen als erster auf die Wahlliste der Deutschen Volkspartei gesetzt.

So arm wie nach dem 30jährigen Krieg.

Berlin, 29. Dez. Der Staatssekretär des Reichsernährungsamts, Müller, erklärte Pressevertretern: Deutschland ist jetzt so arm wie nach dem 30jährigen Krieg. Mit Achtstundentag und hohen Löhnen können wir nichts erreichen. Wir müssen durch Innenkolonisation und harte Arbeit vom Ausland unabhängig werden, sonst werden wir die Vorküsten des Großkapitals in England und Amer. La. Durch Sozialisierung der Betriebe würden wir nur dem Verdad in die Hände arbeiten. Aus dem Land kommen wir nur heraus, wenn wir arbeiten.

H. Hoffmann und die Kirchen.

Berlin, 28. Dez. Bei einer Besprechung von Vertretern der Regierung mit Vertretern des ev. Oberkirchenrats und der Konfessions-Presse erfuhr man nach dem „Reichsboten“ die in einer Denkschrift niedergelegten Absichten des Ministers H. Hoffmann über die Auseinandersetzung mit der Kirche, die den Gegenstand der Besprechung bildeien, nämlich: Restlose Beseitigung der Staats- und Landeskirchen mit allen Privilegien. Die Kirchen- und Kultusgemeinden haben reinen Vereinscharakter. Sie haben die erforderlichen finanziellen Mittel in vollem Umfang aus den Kreisen ihrer Mitglieder aufzubringen. Darstellungen an die Kirchen bedürfen nun sie den Betrag von M. 5000.— übersteigen, staatlicher Genehmigung. Aufhebung der theologischen Fakultäten. Ausschließung des Jesuitenordens vom Staatsgebiet im Interesse des konfessionellen Friedens. Die Geistlichen haben nur das aktive, nicht das passive politische Wahlrecht. Umwandlung der christlichen Fests- in rein staatliche bzw. naturhistorische (i. d. Nat. Unabhängigkeitstag am 9. November, Sonnenwend-, Gentes- und Totentag). Der Kapitalbesitz der Kirchen kann, wo es geboten erscheint, in Staatsbesitz überführt werden, während die Kirchengemeinde den bisherigen Kirchengemeinden verbleiben. Streueffekt der Kirchen, Einführung eines interkonfessionellen Moralunterrichts, in höheren Klassen eines religionsgeschichtlichen Unterrichts an Stelle des konfessionellen Religionsunterrichts. Mögliche Erziehung der Errichtung konfessioneller Privatschulen. Bei der ganzen Auseinandersetzung ist auf historische Verhältnisse und Rechte nur die unbedingt notwendige Rücksicht zu nehmen, im übrigen möglichst schon durch ministerielle Erlasse vorzuarbeiten.

Berlin, 28. Dez. Der Kultminister H. Hoffmann ist erkrankt. Diese Krankheit benützte der zweite Kultminister Häntsch, um die von Hoffmann verfasste Enttfernung des Religionsunterrichts aus den Schulen vorläufig in allen Gemeinden aufzuheben, wo die Anordnung Anstoß erregte.

Ausland.

Genève, 28. Dez. Amtlich wird angegeben, daß in den obersten Schichten Gruben reiner Bolschewismus und Anarchie herrschen. Die leitenden Männer werden in die Gruben geschleppt und unter Todesbedrohung gezwungen, alle Forderungen der Arbeiter zu unterschreiben. Eine dieser Forderungen lautet z. B. auf Anzahlung von 800 Mark auf den Kopf der Arbeiterfamilie

am nächsten Freitag. Das würde eine Mehrbelastung des Bergbaus mit 80 Millionen ausmachen. Die Arbeiter bringen Hochrufe auf Rosa Luxemburg und Liebknecht aus. Der Ausstand wächst fortwährend und droht den allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeizuführen. Deret aus Polen und Belgien reizen die Menge auf.

Hamborn (Rheinpr.), 28. Dez. Zwischen Streikenden und einem Schutzkommando des Soldatenrats Münster kam es zu einem Kampfe, in dem die Ausständigen einen Krawall mit Maschinengewehren verwendeten. Das Kommando erhielt Verstärkung und konnte schließlich die Rebellen überwältigen, von denen eine Anzahl gefangen genommen wurde.

Gewalttat in München.

München, 28. Dez. Heute sollte die erste Vorstandsitzung der neugebildeten Münchener Bürgerwehr stattfinden. Kurz vor der Eröffnung der Sitzung drangen 20 Soldaten mit roter Armbinde in den Sitzungssaal ein und erklärten die Anwesenden für verhaftet. Sie wurden in mehreren Automobilen fortgebracht. Die in den Häusern befindlichen Schriftstücke wurden von den Soldaten beschlagnahmt.

München, 29. Dez. Der Volkskommissar (Minister) für Handel und Industrie hat sein Amt wieder niedergelegt, nachdem die Handelsabteilung des Ministeriums gegen die durch Eisner erfolgte Ernennung Brentanos Widerstand erheben konnte.

Ungehörte Völkerverletzung.

Berlin, 28. Dez. Feindesnachrichten melden aus der Schweiz, daß die in Frankreich befindlichen deutschen Kriegsgefangenen sowie zahlreiche in Eliaß-Lothringen wohnhafte Alideutsche nach den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs abtransportiert worden seien, um dort als Bauarbeiter zwangsweise Verwendung zu finden. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht kann, wie die deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, von deutscher Seite bisher nicht gegeben werden. Es wurden aber unverzüglich Erkundigungen eingezogen, um festzustellen, ob Tatsachen den gemeldeten Nachrichten zugrundeliegen.

Die Deutsche Waffenstillstandskommission (D.W.S.) teilt mit: Die Franzosen erklären, alle Gerüchte über die Internierung von Eliaß-Lothringern oder deren zwangsweisen Verwendung zu Arbeiten durch die Franzosen seien falsch. — Der Briefverkehr zwischen Deutschland und Eliaß-Lothringen bleibt nach wie vor auch für die aus dem Reichsland ausgewiesenen Deutschen und deren zurückgebliebenen Angehörigen gesperrt mit Ausnahme wichtiger Handelsnachrichten nach erfolgter Postkontrolle. Die Frist für die Ueberführung der Habe der aus Eliaß-Lothringen vertriebenen Beamten wird von Kommissaren der französischen Republik bestimmt. Nach Nachweisung des Eigentumsrechts werden die ausgewiesenen Familien ihre Möbel und ihren Besitz nach Mitteleuropa bringen lassen können.

Schlimme Zeichen.

Berlin, 28. Dez. Die Deutsche Seeresleitung hat zu Ubersicht folgendes Telegramm gesandt: Ich erlaube mit allen Mitteln bekannt zu geben, daß von der deutschen Reichsregierung aufs strengste verboten ist, Waffen und Seeresmaterial an Bolschewisten zu überlassen. Kommandobehörden, Schiffe u. Truppen, die diesem Verbot nicht nachkommen, sind nicht nur für die Verschleuderung solcher Werte persönlich haftbar, sie haften auch für die politischen Folgen der durch dieses Verfahren herbeigeführten Verletzung des Waffenstillstandsabkommens mit der Entente. Wiederholung des Krieges kann die Folge sein! Waffen und Seeresmaterial, das nicht mit Zurückgeführt werden kann, ist ordnungsgemäß den betreffenden Landesregierungen zu übergeben. Ich erlaube, gegen solche, die aus Feigheit oder andern Gründen das Verbot der deutschen Regierung übertreten, mit allen Mitteln einzuschreiten und die Namen zur öffentlichen Bekanntgabe zu melden.

Straßenkämpfe in Posen.

Posen, 28. Dez. Gestern vormittag veranstaltete die polnische Bevölkerung zu Ehren des Warschauer Regierungsmitglieds Paderewski einen Umzug. Die Häuser der Polen waren mit polnischen, französischen, englischen und amerikanischen Fahnen geschmückt. Am Nachmittag zog das Grenadierregiment aus dem Feld ein und die feindlichen Fahnen erregten den Zorn der Soldaten. Es wurde ein deutscher Umzug veranstaltet, an dem sich viele Soldaten beteiligten. In der Wilhelmstraße kam es zu einem ersten Zusammenstoß, bald darauf wurde in mehreren Straßen und Plätzen geschossen, auch mit Maschinengewehren. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch nicht bekannt, sie ist aber groß. (Es sollen über 100 Männer und 38 Frauen und Kinder getötet worden sein.)

Berlin, 28. Dez. Obgleich die Regierung dem polnischen Regierungsmitglied Paderewski nur freies Geleit für seine Reise von Danzig zur polnischen Grenze zugesagt hatte, reiste Paderewski in agitatorischer Absicht nach Posen. Die Regierung hat dagegen Einspruch erhoben und die preussischen Behörden angewiesen, die Weiterreise Paderewskis nach Warschau zu veranlassen.

Polnische Umtriebe.

Berlin, 28. Dez. Die „Deutsche Tageszeitung“ meldet aus Oppeln i. O.: Von Posen aus werden in letzter Zeit streng vertrauliche Handschriften an angesehenen Gemeindeglieder ober-schlesischer Gemeinden mit der Anfrage verhandelt, ob sie bereit sein würden, im Falle der bevorstehenden Besetzung Oberschlesiens durch die Polen die Stellen in den Gemeindevorständen bzw. des Gemeindevorstandes und Bürgermeisters zu übernehmen. Bestehenden Falls würden diese Personen von einem polnischen Vertrauensmann in Kürze diesbezüglich aufgefordert werden.

Die Zerstörungen in Flandern.

WLB erhält von wohlunterrichteter Seite folgende Mitteilung: Ueber den Umfang der Zerstörungen des pri-

vaten und öffentlichen Eigentums an Gebäuden und Anlagen in Belgien bestehen ernstlich ganz falsche Annahmen. Nach Ausweis des Katasters sind — abgesehen vom Kampfgebiete in West-Flandern — beim Durchmarsch anderer Truppen und bei Kämpfen mit Belgiern, Franzosen und Engländern im August 1914 — belgischem Boden insgesamt 21 400 Gebäude zerstört, wobei zumeist die Mauern noch aufrecht stehen. Demgegenüber sind in Ostpreußen damals zerstört: 24 Städte, 600 Dörfer, 330 Wälder mit 30 000 Gebäuden. In West-Flandern ist in dem vier Jahre langen unablässigen Kampfe ein langer Streifen von Neuport bis Ypern vernichtet. Unsere Artillerie ist leider gezwungen gewesen, die schöne Stadt Ypern, deren völlige Schonung anfänglich beabsichtigt war, unter ihr Vernichtungsgewehr zu nehmen, nachdem die Engländer sie nicht nur zum Stützpunkt der Front, sondern zum Anfallort für die großen Flandernschlachten gemacht hatten. Von den Orten östlich der Yperlinie sind fast alle ausschließlich durch den Gegner, durch die Engländer und Belgier zerstört worden. Dignuiden, das bei den ersten Kämpfen schon schwer gelitten hatte, ist von dem englischen Artilleriefeuer zu Boden geworfen und ausgelöscht worden und die Kampforte auf der Schlachtfeldern der Flandernschlachten: Messines, Wyngaete, Hollebeke, Langemard, Poelcapelle, Zonnebeke, Passchendaele, Gheluvelt, Bezaelere sind wieder durch die Granaten der Artillerien in Trichterfelder und Trümmerstätten verwandelt worden, wo oft kaum die Plätze der Kirchen mehr zu erkennen sind. Zuletzt sind Courtrai, Thielt, Tournay, Audenarde durch den Gegner beschossen worden. Hier ist überall der Anteil der Alliierten an den Zerstörungen weit größer als der der Deutschen.

Neues vom Tage.

Wie groß war die Tauchbootflotte?

Berlin, 29. Dez. Dem „Berl. Lokalanzeiger“ zufolge wird eine weitere beträchtliche Anzahl deutscher Unterseeboote binnen kurzem der Aufsicht der englischen Admiralität unterstellt werden. Es sind 30 große Fahrzeuge des neuesten Modells, welche noch nicht fertiggestellt waren, als die ersten 114 Unterseeboote ausgeliefert wurden. Die Anzahl der ausgelieferten Unterseeboote wird dadurch auf 144 erhöht, das sind mehr, als Deutschland nach der allgemeinen Ansicht zur Zeit der Unterzeichnung des Waffenstillstands besaß.

(Ueber die Stärke der deutschen Tauchbootflotte herrschten vielfach irrige Vorstellungen auf Grund von Angaben, die der Kapitän a. D. Persius veröffentlicht hatte. Persius nahm den Schiffsbestand als zu niedrig an.)

London, 28. Dez. Reuter erklärt, daß die aus Berlin kommende Meldung, wonach die britische Admiralität der deutschen Flotte mitgeteilt haben soll, daß Schiffe unter roter Flagge ohne Warnung versenkt werden sollen, erfunden sei.

Bern, 28. Dez. Die Geistlichkeit von Eliaß-Lothringen hat in einer Kundgebung an den französischen Marsch der Freude über die Befreiung der Provinzen Ausdruck gegeben und die Ergebnisse für Frankreich bewertet.

„Keine Unterernährung“!

London, 28. Dez. Reuter meldet, die Marinekommission der Alliierten erklärte, daß die Lebensmittelverhältnisse in Norddeutschland nicht so schlimm seien, wie behauptet worden sei. Man habe keinerlei Zeichen von Unterernährung gefunden. In Hamburg und Bremen seien die Leute ebenso gut gekleidet gewesen und hätten ebenso wohl ernährt ausgesehen, wie die Engländer und Franzosen.

Wilson in London.

London, 28. Dez. (Reuter.) Der König beglückwünschte heute morgen den Präsidenten Wilson zu seinem Geburtstag.

Wilson hatte gestern im Buckinghampalast eine zweistündige Unterredung mit Lloyd George und Balfour.
Brüssel, 28. Dez. Präsident Wilson wird im Laufe der nächsten Woche als Gast des Königs nach Brüssel kommen.

Wilson und der Vatikan.

Rom, 28. Dez. (Agence Havas.) Nach den Blättern hat der Papst einen Vertreter mit einer besonderen Botschaft an den Präsidenten Wilson beauftragt. Er soll bei ihm die Neutralität des Vatikans während des Krieges rechtfertigen, auf die menschenfreundlichen Werke zu Gunsten der Gefangenen und Verschickten hinweisen und die Vermittlung des Präsidenten für die Regelung der Lage des Vatikans nachsuchen.

Budapest, 28. Dez. Mit Rücksicht auf den Weizenmangel wurde die Schwarzmehlquote um 70 Prozent und die Brotmehlquote um 30 Prozent ab 1. Januar gekürzt.

Die Tschechen.

Budapest, 28. Dez. Der aus tschechischer Internierung entlassene ungarische Oberleutnant Bresslmayer berichtet von den entsetzlichen Grausamkeiten und Greueln, denen die von den Tschechen internierten Gefangenen, namentlich Frauen und Mädchen, ausgegesetzt sind.

Weiteres vergebliches Friedensgesuch der Bolschewiki.

London, 28. Dez. (Reuter.) Die Bolschewiki-Regierung ist nach Weihnachten wiederum an die Regierungen der Alliierten mit einem Friedensvorschlag herantreten. Die Vorschläge der Bolschewiki wurden, da sie von einer Regierung kommen, die weder von den Alliierten anerkannt ist, noch Rußland repräsentiert, nicht beantwortet.

Die englischen Wahlen.

London, 28. Dez. (Reuter.) 4 Uhr nachmittags. Koalition: Unionisten 290, Liberale 100, Arbeiter 8. Koalitionsgegner: Anhänger Asquiths 22, unabhängige Unionisten 29, andere 4. Arbeiterpartei 52, freie O. Ra-

tionaristen 4, Sinn Feiner 34. Bisher wurden alle Wähler wiedergewählt. Die früheren liberalen Minister erlitten eine Niederlage. Asquith, Simon, Ramsay, MacDonald und Snowden sind durchgefallen.

London, 28. Dez. (Reuter.) Flottenminister Geddes errang über den Arbeiterkandidaten in Cambridge einen Wahlsieg mit 11 353 gegen 4779 Stimmen.

Bermischtes.

Eine deutsche Universität in Hermannstadt. Die Alliierten Deutschen in Hermannstadt (Siebenbürgen) haben die Gründung einer deutschen Universität beschlossen.

Goldschiebungen. Die Berliner Voltze ist einem bedeutenden Schleichhandel mit Gold auf die Spur gekommen. Die Goldverkäufer verlangten für ein Zwanzigmärkstück 85 Mk. u. Scheinen. Es konnten noch 65 000 Mk. in Gold und 15 000 Mk. in Silber bei ihnen beschlagnahmt werden.

Statistisches vom Frauenhaar. Die Tugend des Statistikers ist die Geduld. Nur mit Geduld war die Frage, wieviel Kilometer Haar eine Frau wohl auf dem Kopfe tragen mag, zu lösen, und die Statistiker haben darauf auch in langen und mühsamen Feststellungen eine Antwort gefunden. In der Regel sind die blonden Frauenhaare lückeriger und dünner als die dunklen. Eine dunkelhaarige Frau trägt durchschnittlich eine Haarmenge von insgesamt nicht weniger als 70 Kilometer mit sich herum, während eine richtige Blondine bisweilen sogar 12 Kilometer und selbst eine noch größere Haarmenge erreicht. Dagegen ist das dunkle Haar stärker und widerstandsfähiger, es kann eine Last von 113 Gramm tragen, ohne zu zerbrechen, während das hellblonde, goldschimmernde Haar bereits bei 68 Gramm bricht.

Luftverbindung Kairo—Kapstadt. Das englische Luftministerium entsandte nach Mittelafrika zwei Abteilungen von Piloten mit Flugzeugen und sonstigen Ausrüstungsgegenständen, um eine Luftverbindung von Kairo nach Kapstadt einzurichten. Ebenso wurde eine Untersuchung angestellt betreffend eine mögliche Luftverbindung mit Indien nach Australien über Singapur.

Lotales.

— Die 25-Pfennigstücke aus Nickel. Die Frist zur Einlösung der 25-Pfennigstücke aus Nickel läuft am 1. Januar ab.

— Beförderung von Bahngut nach dem besetzten Gebiet. Der Verkehr nach den besetzten linksrheinischen Gebieten einschl. Eliaß-Lothringen und Luxemburg ist in beschränktem Umfang aufgenommen worden. Jeder Versand vom linken Rheinufer nach dem rechten Rheinufer ist jedoch bis auf weiteres noch ausgeschlossen. Nähere Auskunft geben die Güterstellen.

— Falsche Reichsbanknoten. Beim Postamt in Köln sind falsche Reichsbanknoten angehalten worden. Das Papier ist minderwertig und fällt sich weiß an. Das Wasserzeichen und der Reichsadler fehlen. Die Unterschriften sind verwischt und unleserlich. Auch Fälschungen der neuen Berliner Stadtnoten, bei denen der Trockenstempel des Stadtwappens durch den Reichsadler ersetzt ist, sind im Umlauf.

Württemberg.

(-) Stuttgart, 29. Dez. (Ministerzusammenkunft.) Gestern traten hier verschiedene Minister der süddeutschen Staaten zu einer Beratung über die Lebensmittelversorgung zusammen.

(-) Stuttgart, 29. Dez. (Aus dem Parteileben.) Gestern abend fand im Stadtgartenaal eine Versammlung der Württ. Bürgerpartei für Soldaten statt, in der Schriftsteller Reichert, Unteroffizier d. R., Hauptmann d. R. Schmid und Gefreiter Stähle, Hauptlehrer von Großaspach, sprachen. In Maueranschlägen waren von gegnerischer Seite Arbeiter und Soldaten aufgefordert worden, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen, „um der Bürgerpartei zu zeigen, wer den Krieg verlängert“ habe. Die Versammlung, in der auch Matrosen zu Wort kamen, nahm denn auch einen harmlosen Verlauf.

(-) Stuttgart, 29. Dez. (Wildabschuß.) Der Abschuss der 200 Edel- und 200 Damhirsche im Großen Wildpark bei der Solitude und der Wildschweine im Schwarzwildpark bei Botnang geht seinem Ende entgegen. Ersterer Park ist 540, letzterer 210 Hektar groß. Auch die großen Kriehirsche des Favoritparks in Ludwigsburg und die Hasen der Hasenerie bei Weil im Dorf werden wohl bald verschwunden sein.

(-) Stuttgart, 29. Dez. (Beilegung des Vadersstreiks.) Die Väter des Konsumvereins haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die männlichen Arbeiter erhalten 68, die weiblichen 37 Mark Wochenlohn; für die Streikwoche wurde der Lohn nachbezahlt. Maßregelungen haben zu unterbleiben.

(-) Stuttgart, 29. Dez. (Bahndiebstähle.) Auf dem Güterbahnhof wurden drei weitere Personen wegen großer Diebstähle festgenommen.

(-) Stuttgart, 28. Dez. (Schwindler.) Ein aus Polen zugewandelter Mensch erschwindelte von einer Arbeiterin in Esslingen nach und nach 775 Mk., eine andere betrog er um 700 Mark und einem Mädchen in Feuerbach wußte er 20 Mark herauszuloden. Bei seinen Betrugsereien benutzte er gefälschte Telegramme. Die Strafkammer verurteilte den Schwindler zu 8 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

(-) Unterhelfingen, O.A. Stuttgart, 27. Dez. (Bluttat.) Der seit einem Jahr verheiratete Bauer Gebhard Maß, Sohn des früheren Schultheißen, wurde von dem ledigen Karl Schweizer, einem übel beleumundeten, gewalttätigen Burschen, nach vorausgegangem Streit im „Flug“ auf der Straße durch sechs Revolverkugeln getötet. Schweizer wurde von den emvürzten Leuten, die hinzulamen, übel zugerichtet. Er hatte schon vorher den Landjäger mit Tschechen bedroht.

(-) Tübingen, 28. Dez. (Spende.) Freiherr Karl von St. Andre in Krefeld hat den Gemeinden Weilsheim, Terendingen, Wankheim und Dülzingen je 1000 Mk. als Weihnachtsgabe für bedürftige heimkehrende Krieger geschenkt.

(-) Freudenstein, O.A. Maulbronn, 28. Dez. (Eine dunkle Geschichte.) Das 10 Jahre alte Töchterchen des Steinbauers Rauf wurde auf dem Wege von Tiefenbach nach Baisersweier angepöbeln. Das ei-

dem Militärgehörte entflammende Geschoss fand man in den Kleidern. Das Kind wird wohl kaum mit dem Leben davonkommen.

(-) **Blauenreuth**, 29. Dez. (Tragisches Ende.) Ein Unteroffizier in der Riesbergkaserne in Ulm hantierte an seiner Pistole. Die Waffe entlud sich und traf den Sergeanten Scheiffle aus Pappelau tödlich in den Kopf.

(-) **Mulendorf**, 29. Dez. (Käsefchmuggel.) Ueberwachungsbeamte des Kriegswucheramts haben auf dem hiesigen Bahnhof zwei Frauenspersonen 135 Pfund Backfein- und Schweizerkäse abgenommen.

(-) **Laubheim**, 29. Dez. (Erichoffener Gejüngener.) In Wain wollten gefangene Russen in den Weihnachtsfeiertagen entgegen der Vorschrift während des Gottesdienstes das Wirtshaus aufsuchen. Der Wirtshausbesitzer erbot es. Er wurde von ihnen angegriffen und mit dem Tode bedroht. In der Notwehr machte er von seiner Waffe Gebrauch und erschoss einen der Russen.

(-) **Havensburg**, 29. Dez. (Ausschreitung.) Aus Wut darüber, daß das heimkehrende Regiment 475 bei seinem Einzug die Begrüßung des Soldatenrats abgelehnt hatte, riefte sich am Nachmittag des zweiten Feiertags eine Schar „Unabhängiger“ vor dem „Oberschwab. Anzeiger“ zusammen, der Vorsitzende des Rats hielt eine Ansprache und behauptete, das Blatt sei an dem Vorfall schuld. Ein widersprechender Redakteur des Blatts wurde von der Menge so mißhandelt, daß er schwer krank darniederliegt.

(-) **Hochingen**, 28. Dez. (Ueberfahren.) Das 20 Jahre alte Ladenmädchen Dez von Augsburg geriet beim Einsteigen in den bereits im Gang befindlichen Zug unter die Räder. Das Mädchen wurde am anderen Morgen tot aufgefunden.

Baden.

(-) **Karlsruhe**, 28. Dez. Die unter dem Protektorat der Großherzogin Luise stehende Viktoria-Privatschule mit Seminarkursen wird in absehbarer Zeit den Unterricht einstellen, da der von der Großherzogin Luise bezahlte jährliche Zuschuß jetzt in Wegfall kommt.

(-) **Karlsruhe**, 28. Dez. Die heimkehrenden Soldaten finden sehr schnell den Weg zu ihren Berufsorganisationen zurück. Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband meldet, daß besonders seine süddeutschen Ortsgruppen sich wieder mit Mitgliedern zu füllen beginnen. Die heimkehrenden Soldaten suchen und finden dort Hilfe bei der Beforgung von Anstellungen und Auskunft über Rechts- und Gehaltsfragen. Die Geschäftsstelle Karlsruhe (Sophienstr. 33) gibt auch Nichtmitgliedern jede Auskunft.

(-) **Karlsruhe**, 28. Dez. Wie in der Landeskonferenz der A. V. B. und S. Räte in Durlach mitgeteilt wurde, wird von der Regierung, so bald die bad. Nationalversammlung zusammengetreten sein wird, ein Notgesetz erlassen werden, welches Neuwahlen für die Gemeinde- und Städtevertretungen ausschreibt. Auch diese Wahlen werden auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten, geheimen Wahlrechts ausgebaut werden.

(-) **Durlach**, 28. Dez. (Zweite Landeskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Badens.) Am Freitag fand hier die zweite Landeskonferenz der Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte Badens statt. Justizminister Marum erkannte an, daß die A- und S-Räte die Träger der Revolution seien und daß die Regierung mit dem Dreimännerkollegium der A- und S-Räte im besten Einvernehmen gearbeitet habe. Nach Entgegennahme der Tätigkeitsberichte der Landeszentrale und des Landesausschusses trat die Konferenz in eine Aussprache ein, in

der u. a. auch an den Maßnahmen der Regierung, dem Verhalten der bürgerlichen Presse und an der Tätigkeit einiger Amtsvorstände Kritik geübt wurde. Minister Dr. Haas begründete die gesetzgeberischen Maßnahmen der Regierung, ohne gesetzliche Grundlagen könne auch eine Revolution und eine Republik nicht bestehen. Minister Marum hielt die der Regierung gemachten Vorwürfe für nicht begründet und mahnte, Vertrauen zu den soz. Mitgliedern der Regierung zu haben. Daraus wurde u. a. beschlossen, ein neues Organ beizutiteln „Der Volkstrotz“ zu gründen, die Schwarzschladungen energisch zu bekämpfen, die Kosten für Aufklärungswecke der Regierung zu übertragen, die politische Tätigkeit der Geistlichen verbieten. Weiter wurde ein Antrag, wonach die Preis- jeder Richtung in der Woche eine bis zwei Spalten sachlichen Ausführungen der A. Räte zur Verfügung zu stellen hat, angenommen. In der Nachmittags-Sitzung wurde über die Berliner Delegiertenkonferenz Bericht erstattet.

Deutsche Demokratische Partei

Programme, Beitrittserklärungen

schriftlich und mündlich

Auskunft usw., bei der Geschäftsstelle

STUTTGART, Kl. Königsstraße 7, II. Stock.

Fernsprecher 3840 und 10 783.
Postcheckkonto: STUTTGART Nr. 2501. 222222
Druck und Verlagsver. D. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wilddbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Neujahrswunschenthebungskarten

haben gelöst (in alphabet. Ordnung)

Herr Stadtschultheiß Bägner u. Frau, Herr Bankdirekt. Beller u. Frau, Herr R. Blumenthal Photograph u. Frau, Herr Gutsbesitzer Böding u. Frau, Herr Hoteldirektor Bopp u. Frau, Herr Philipp Bofch Kaufmann u. Frau, Herr Chr. Brachhold Kaufmann u. Familie, Frau Johanna Brachhold Wtw. Villa Johanna, Herr Bezirksnotar Brehm u. Frau Frau J. Bäder Villa Mathide, Herr Forstmeister Drescher u. Familie, Herr J. Ebstein Hotelier m. Familie, Herr Bergbahnverwalter Edelmann u. Frau, Fel. Julie Embacher Hotel Klumpp, Herr S. Erdmann Drogerie u. Frau, Frau Gerichtsnotar Fehleisen Wtw. m. Fel. Tochter, Herr Stadtpfarrer Fischer, Privatier F. F. Familie, Herr Pensionsinhaber Frey Fleck u. Frau, Fel. Geschw. Freund, Herr Redakteur Gack u. Frau, Herr Baron von Gemmingen R. Badkommissar u. Frau, Frau Großhans Wtw., Herr Hotelier Wd. Großmann u. Frau, Frau Wilh. Großmann Wtw. Hotel Post, Herr Dr. med. Brunow u. Familie, Herr Geometer Haigis u. Frau, Fel. Luise Hammer, Herr Gerichtsvollzieher Hähle u. Frau, Herr Sanitätsrat Dr. Haubmann, Herr Alois Held, Fel. Nannette Herzog, Fel. Geschw. Horthheimer, Herr Oswald Hüptner Hotelier u. Frau, Herr Kaiser Kaufmann, Herr Sattlermeister Otto Karrer u. Frau, Herr Chr. Kempf Hotelier, Frau Gg. Kiechl Priv. Wtw., Herr Robert Kiefer Hotelier u. Familie, Fel. Geschw. Klapproth, Frau Dskar Alois Hotel Maish, Herr Gg. Knaupp Speisenmeister u. Frau, Frau Marie Köhler m. Fel. Tochter, Herr Dr. med. Mayer u. Frau, Herr Hofrat Dr. Lorenz u. Frau, Herr/Chr. Vater Kanzleirat u. Frau, Herr Karl Maier Landesprod. u. Familie, Herr Josef Mayer Kaufman u. Frau.
Schluß folgt.

Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung

Die Wählerliste

zur deutschen Nationalversammlung liegt in der Zeit von Montag den 30. Dez. 1918 bis Montag, 6. Jan. 1919 je einschließl. während der Kanzleistunden auf dem Rathaus zu jedermanns Einsicht aus.

Einsprüche gegen die Wählerliste sind bis zum Ablauf der Auslegungfrist schriftlich oder zu Protokoll beim Gemeinderat anzubringen; soweit die Richtigkeit der Behauptungen nicht offenkundig ist, hat der Einspruchserhebende für sie Beweismittel beizubringen.
Wilddbad, den 29. Dezember 1918.

Gemeinderat:
Vorf. Bägner

Kartoffel so una

Die heimgekehrten Krieger, die bisher nur 2 Zentner Kartoffeln zugewiesen erhalten haben können den restlichen Teil von 1 1/2 Zentner am Montag, den 30. Dez. 1918 von vorm. 9 Uhr ab am Bahnhof in Empfang nehmen. Bezugscheine sind zuvor auf dem Lebensmittelamt abzuholen.

Städt. Lebensmittelamt.

Auf meiner Einkaufsreise, sicherte ich mir außer eine großen Auswahl

Schneeschuhe

(angesucht) schöne Pölzer)

ein größeres Quantum

Ia. Bindung n

welche der Friedensware in keiner Weise an Qualität nachstehen. Beschäftigung ohne Kaufzwang gerne gestattet.

Sporthaus Schrey

Pforzheim Dillsteinerstr. 3 a.
Cafe Heim.

Wahl zur württembergischen Landesversammlung.

Am Sonntag, den 12. Januar 1919.

Die Wählerlisten sind vom Dienstag, den 31. Dezember 1918 bis Donnerstag, den 2. Januar 1919 je einschließl. auf dem Rathaus zu jedermanns Einsicht aufgelegt.

Während der dreitägigen Auslegung ist jeder Wahlberechtigte ohne Rücksicht auf seinen Wohnsitz befugt, wegen unbegründeter Aufnahme oder Nichtaufnahme einzelner Personen in die Wählerliste schriftlich oder mündlich beim Gemeinderat oder beim Ortsvorsteher Einspruch zu erheben.

Ueber den Einspruch ist, wenn er nicht von dem vorbezeichneten Beamten sofort für begründet erachtet und durch entsprechende Aenderung der Wählerliste erledigt wird, vom Gemeinderat spätestens am zweiten Tage nachher Beschluß zu fassen.

Während der dreitägigen Listenauslegung können vom Gemeinderat oder dem Beauftragten Beamten auch von Amts wegen weitere Personen in die Liste aufgenommen oder ausgesommene Personen gestrichen werden.

Die Wahl findet am

Sonntag, den 12. Januar 1919

von vorm. 9 Uhr bis abends 6 Uhr statt und zwar

a. für den Abstimmungsbezirk 37 Wilddbad I: Stadtteil A rechts der Gnz mit Parz. Kleingehof, Windhof und Lautenhof im **Rathaus**.

Wahlvorsteher: Stadtschultheiß Bägner, Stellv. Stadtschreiber a. D. Maier.

b. für den Abstimmungsbezirk 38, Wilddbad II: Stadtteil B links der Gnz mit Parz. Grünhütte, Hochwiese, Lehenjägmühle, Kollwasser, Sommerberg und Ziegelhütte in der **alten Volksschule**.

Wahlvorsteher: Gemeinderat Kappelmann, Stellv. Sekretär Eger.

c. für den Abstimmungsbezirk 39, Wilddbad III: Sprossenhans mit Parz. Christophhof, Rälbermühle, Kollhäusle, Nonnenmühl, Sprossenhäusle, im **Schulhaus in Sprossenhans**.

Wahlvorsteher Stadtpfleger — Stellv. Brachhold, Stellv. Schultheiß a. D. Bägner.

Wilddbad, den 28. Dezember 1918.

Gemeinderat
Vorf. Bägner.

Kochmehl.

Auf die 3 Mehlmarken F, G, H wird Kochmehl verabfolgt. Die Mehlmarken sind bis 2. Januar abends 6 Uhr bei den Mehlhändlern Maier, Pfau und Pannkuch abzugeben. In Sprossenhans bei Haag und in Nonnenmühl bei Bäder Haag.

F. A. S. Lebensmittelamt Wilddbad.

Am Mittwoch den 1. Januar mittags 3 Uhr

findet im Lokal zum **Sadischen Hof** eine allgemeine

Mitgliederversammlung

statt.

Tagesordnung

- 1.) Punkt Berichterstattung von der Landesversammlung.
 - 2.) Punkt Durchführung einer Hausagitation.
 - 3.) Punkt Verschiedenes
- Die Parteimitglieder werden ersucht, möglichst zahlreich zu erscheinen. Kriegsteilnehmer die unserer Partei beitreten wollen sind höflichst dazu eingeladen.

Der Ausschuß

der Sozialdemokratischen Partei
Wilddbad.

Puhtücher,

gegen Bezugscheine, per Stück Mk. 2.20, sind zu haben bei

Robert Treiber.

Frauen-Arbeitschule.

Die Frauenarbeitschule, 2. Kurs, beginnt am 7. Jan. 1919. Der Unterricht umfaßt die Fächer: Stricken, Häkeln, Flicken, Hand- und Maschinennähen, (Weißzeugnähen), Kleidernähen, Weiß- u. Buntsticken, sowie Schnittmusterzeichnen. Das Schulgeld ist gleich wie im 1. Kurs.

Anmeldungen, auch von auswärtigen Schülerinnen, wollen vom 5. Januar 1919 an die staatl. geprüfte Lehrerin, Fräulein Luise Schwäble hier, Villa Augusta, gerichtet werden.

Wilddbad, den 23. Dezember 1918.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Nonnenmühl den 30. Dezember 1918.



Codes-Anzeige

Berwandten, Freunden und Bekannten, die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Groß- und Urgroßvater, Schwiegervater, Bruder und Onkel

Wilhelm Gauß

im Alter von 78 Jahren nach kurzer Krankheit verschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten:

die trauernden Kinder

Beerdigung Mittwoch Mittag 2 Uhr.

Seidenstoffe

reichste Auswahl
einfarbig, kariert, gestreift und bedruckt
in allen Webarten und Farben
von M 9 — per Meter bis M 60

Faserstoffe

Kleider, Schürzen und Vorhänge
Kragen, Manschetten, Cravatten.

Farbige Schürzen etc.

Phil. Bofch, Wilddbad.

Um Heizungsmaterial zu sparen ist mein Geschäft bis auf weiteres nur, Donnerstag, Freitag und Samstag geöffnet, die übrigen Werkstage und Sonntags geschlossen.

Haus

mit **Gaden**, in guter Geschäftslage, zu kaufen oder zu mieten gesucht
Näheres erbeten unter R 4044 an Haafenstein und Bogler u. G Stuttgart.

Gesucht

wird für einzelne Dame eine

4 Zimmerwohnung

in freier Lage, in neuem Hause, auf 1. April oder früher. Angebote mit Preisangabe an die Exped. d. Bl. erbeten. 203

G Stuttgart.

Rote Rüben

Str. 15 Mark,

Weißer Rüben

Str. 5 Mark,

Selbe Rüben

Str. 18 Mark

empfiehlt Gärtner Wolf.

Berillberte

Aufbewahrungskästchen

für

Cisforme Presse

häßliche Aufmachung, Mk. 7.—
im Cigarrengeschäft

Chr. Schmid u. Sohn.



Wahlaufruf

Der Deutschen demokratischen Partei in Wildbad.

Das alte Regierungssystem

in Deutschland ist zusammengebrochen

Drei Millionen Tote und Invaliden

die Einbuße des größten Teiles unseres gesamten Volkvermögens, der

Verlust von Schiffahrt und Außenhandel

der völlige Mangel an Rohmaterialien, rapid zunehmende Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger und Elend kennzeichnen das Trümmersfeld, das uns eine

gänzlich verfehlte Außen- und Innenpolitik

hinterlassen hat.

Der Sturm der Revolution hat das alte, morsche System hinweggefegt, aber zugleich die Hoffnung all derer, die erwarteten, daß die neue revolutionäre Regierung das deutsche Volk einer freien, glücklichen Zukunft entgegen führe, gründlich getäuscht: Gesetzlosigkeit, Unordnung und allgemeine Unsicherheit, die Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens durch verbrecherische Streiks und sinnlos hohe Lohnforderungen, die ständige Bedrohung unserer persönlichen Freiheit, unseres Lebens und Eigentums durch die äußeren Feinde und durch die herrschsüchtige und habgierige kleine Gruppe der Spartakusleute,

jener Vaterlandsverderber um Vieblucht, Lohn und Genossen die die Schmach auf sich genommen haben, um den Preis von 16 Millionen Rubel ihre Heimat an den russ. Bolschewismus zu verkaufen.

In dieser unbefriediglichen Not können

nur große Parteien

am Wiederaufbau unseres Vaterlandes wirksam arbeiten.

Jede Zersplitterung ist ein Verbrechen.

In der deutschen demokratischen Partei müssen sich Alle zusammen schließen, denen der gesunde, kraftvolle Aufbau

eines einigen freien deutschen Volksstaates

am Herzen liegt und bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zur Württ. Landesversammlung das Schicksal Deutschlands und unseres geliebten Schwabenlandes weder der Reaction ausliefern, noch der Sozialdemokratie allein überlassen wollen.

Die deutsch-demokratische Partei erstrebt

die unverzügliche Errichtung einer freien, deutschen Republik, in welcher alle öffentliche Macht allein auf dem

Willen des souveränen deutschen Volkes

beruht, unter freier Entwicklung der Eigenart der einzelnen deutschen Stämme. Wir fordern die

völlige Gleichheit aller deutschen Staatsbürger

und Staatsbürgerinnen vor dem Gesetz und in der Verwaltung ohne Rücksichtnahme auf Stand, Gesellschaftsklasse oder Bekenntnis.

Wir stehen ein für größte Vereinfachung der Staats- und Gemeindeverwaltung, Errichtung des

Sinkammersystems

im Staat und Gemeinde, die Sicherung des allgemeinen, direkten, gleichen und gehehmen Wahlrechts für beide Geschlechter nach dem System der Verhältniswahl unter Einführung des Volksbegehrens (Initiative) und der Berufung an das Volk (Referendum) das Volk bestimmt seine Geschicke durch Selbstregierung und Selbstverwaltung im Staat und Gemeinde.

Der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zwingt zur Entfaltung größter Leistungsfähigkeit in Landwirtschaft, Industrie und Handel, unter selbstverständlicher Erhaltung der Privatinitiative des Unternehmers, und der Selbständigkeit der Tätigkeit des Handwerkers, des Kaufmanns und Landwirts.

Der Wiederaufbau des gewerblichen Mittelstandes ist eine Staatsnotwendigkeit. Wir verlangen ein zeitgemäßes Handwerkerrecht, freies Wahlrecht für die Handwerkskammern ohne obrigkeitliche Bevormundung.

Wir treten ein für

nationalen und internationalen Arbeiterschutz

aus staatlichen, gesundheitlichen und bevölkerungspolitischen Gründen; Anerkennung der Gewerkschaften und Gewerksvereine bei voller Koalitionsfreiheit, Heranziehung der Arbeiter zur Mitwirkung in der Verwaltung und Rechtsprechung mit unbedingter Gleichberechtigung; Hebung des Arbeiterbildungswesens durch Staat und Gemeinde. Auch für die Privatangeestellten fordern wir völlige Koalitionsfreiheit und Freiheit ihrer politischen Betätigung.

Die demokratische Staatsform verwirklicht die volle Gleichberechtigung aller deutschen Volksgenossen, also auch der Frauen deshalb muß ihnen in Zukunft das aktive und passive Wahlrecht zu allen gesetzgebenden und öffentlich rechtlichen Körperschaften, zu den Organen der Selbstverwaltung und den Berufsvertretungen, ihre Zulassung als Schöffen und Geschworene, insbesondere in dem Verfahren gegen Jugendliche, gewährleistet werden.

Wir fordern die privatrechtliche und prozessrechtliche

Gleichstellung der Frau mit dem Mann

und die Einführung der Errungenschafts-Gemeinschaft als alleingiltiges eheliches Güterrecht. Grundfällige Gleichstellung der weiblichen Erwerbstätigen mit den männlichen, gleiche Berufsvorbildung und gleiche Entlohnung bei gleicher Leistung. Wir erstreben die

Hebung der Volksgesundheit

durch Schutz der Arbeiterinnen und der Jugendlichen auch in der Heimarbeit, Ausbau der Sozialversicherung, staatliche Wochenbeihilfe, Mutterschutz und Säuglingschutz und Aufstellung staatlicher Fürsorgerinnen.

Die deutsch-demokratische Partei fordert

den einheitlichen Aufbau des gesamten Schulwesens, Selbständigkeit der Schule, weitgehende Heranziehung des Elternhauses an der Schule und kräftigste Förderung des Volkbildungswesens durch Staat und Gemeinde. Unentgeltlichkeit des gesamten Schulunterrichts mit dem Grundsatz, daß alle Schulen dem Tüchtigen und Begabten zu seiner Weiterbildung offen stehen.

Im Falle der

Trennung von Kirche und Staat

stehen wir auf dem vorbehaltlosen Standpunkt der

Wahrung der Würde

und der finanziellen Selbständigkeit der Kirche und der Beibehaltung der theologischen Fakultät im Rahmen der Hochschule. Wir fordern die

Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule

unter Wertschätzung der Religion als unerschöpflichen Urquells sittlicher Kraft.

Wir fordern

Aufhebung aller Geburts- und Standesvorrechte

aller Titel und Ehrenzeichen, mit geringerer Ausnahme der in der Front vor dem Feinde erworbenen Auszeichnungen.

Wir sind für

Aufhebung aller Krongüter u Fideikomnisse

überhaupt für Abschaffung der, für die allgemeine Volksernährung unrentablen Großgrundbesitze, zum Zweck der Herstellung kleiner, auskömmlicher Bauerngüter, unter angemessener Entschädigung der bisherigen Besitzer. Bei der Zuteilung der Bauerngüter sind in erster Linie Kriegsinvaliden aus dem Bauernstande zu berücksichtigen.

In der Steuerpolitik muß der Grundsatz gelten:

Schonung der Schwachen, Belastung der Starken Schultern

(progressive Besteuerung). Schärfste Erfassung der Kriegsgewinne, der Erbschaften und der großen Vermögen. Einmalige progressive Vermögensabgabe.

In Verfolg ihrer Sozialpolitik hält es die Deutsche demokratische Partei für ihre Pflicht dafür einzutreten, daß die Gemeinden für die dauernde, auskömmliche Unterhaltung aller kranken und arbeitsunfähigen Gemeinde-Mitglieder zu sorgen haben.

Wir fordern eine angemessene Entschädigung der Kriegsinvaliden vor allem der Kriegswaisen und Kriegswitwen.

Wir treten ein für gleichen Grundgehalt für alle Kategorien von Staats- und Gemeindebeamten mit gleicher Vorbildung, angemessener Zulage für Verheiratete und Zulage für jedes Kind. Die Höhe der Beamtengehälter muß den jeweiligen Zeitumständen entsprechen.

Ein wichtiges ideales Ziel unserer Partei ist es, jeder Familie ein **trauliches Heim** schaffen zu helfen. Im Besorg dieses Grundsatzes wird unsere Partei

jede gemeinnützige Tätigkeit unterstützen,

welche die **Herstellung von Einfamilienhäusern** für einfache bescheidene Familien in selbstbewußter Weise erstrebt und durchführt.

Mitbürger und Mitbürgerinnen! Die Gestaltung der Zukunft des neuen Deutschlands ist in **Eure Hände** gelegt. Die Sache jedes Einzelnen steht auf dem Spiel, darum bleibt **keiner** lässig **zurück**. Alle die wahre Vaterlandsliebe besetzt reicht uns die Hände zum Aufbau eines **neuen, einigen, freien deutschen Vaterlandes**.

Verzichte Kraft macht stark; darum tretet ein in unsere Reihen und gebt Eure Stimmen der Deutschen demokratischen Partei!

Seitrittserklärungen nehmen alle Ausschußmitglieder entgegen: Alle über 20 Jahr alten männlichen und weiblichen Einwohner können Mitglieder der Partei werden. Der halbjährige Beitrag für Alleinlebende beträgt 1 Mark— für Familienvorstände einschließlich der ganzen zusammenwohnenden Familie 2 Mark.

Die Deutsche demokratische Partei in Wildbad.

Der provisorische Ausschuß: Dr. Lauer, Kurarzt, Christian Brachhold, Kaufmann, C. W. Bött, Kaufmann, August Bechtle, Hotelbesitzer, Ludwig Rappellmann, Kaufmann, Fritz Krauß, Schmidmeister, Wilhelm Rappellmann, Oberholzhauer, Christian Schmid, Zimmermann jun., Julius Schmid, Gysser, Karl Kalksch, Bergbahnschaffner, Fritz Bechtle, Baddiener, Christian Kullenhard, Maschinenschaffner, Christian Gall, Hausdiener in Wildbad, Karl Schanz, Sägmüller, Sprollenmühle, Anwalt Johann Mutterer, Karl Rau jun. und Wilhelm Günthner in Sprollenhaus, Anwalt Haag und Friedrich Haag in Ronnenmühl.

Damen-Mädchen-Bekleidung **C. Berner**
Mäntel, Kostüme, Tailleurkleider, Röcke, Blusen.
Morgen-Röcke, Morgen-Jacken, Unterröcke. **Horsheim, Ecke Metzger- u. Blumenstraße**